

Recht auf Zukunft

Deine Ideen, Deine Zukunft

Unter diesem Motto lud das Jugendparlament der Stadt Hattingen zur 3. Hattinger Jugendkonferenz in das Rathaus der Stadt ein.



Am 22. November 2019 fanden dort zahlreiche Workshops zu verschiedenen Themen statt, darunter „Kinder haben Rechte – auch in Hattingen“, „Klima im Wandel“, „Artensterben“ und „Ein besonderer Naturstoff: Bienenwachs“.

Sichere Radwege

Eine Workshop-Gruppe sah unter anderem Verbesserungsbedarf bei der Sicherheit der Schulwege (vor allem der Radwege) in Hattingen.

Um den Jugendhilfeausschuss zu überzeugen, hier im Namen

des Jugendparlaments aktiv zu werden, führten sechs Jugendliche am 1. Juli 2020 einen „Fahrradwege-Check“ in Hattingen durch und untersuchten die Routen zu den Schulen und die dortigen Stellplätze für Fahrräder. Jeder Mangel wurde fotografisch festgehalten und durch Notizen ergänzt.

Sie stellten fest, dass an einer der Hauptradwege zur Gesamtschule Hattingen für die Autos Tempo 70 erlaubt ist und der Radweg daher nicht sicher ist. An einer anderen Straße, die sehr häufig als Schulweg genutzt wird, steht den Schüler_innen gleich gar kein Radweg zur Verfügung, und sie müssen gemeinsam mit den Autos die Fahrbahn nutzen. Auch einige Straßenübergänge wurden als zu klein und eng befunden.



An verschiedenen Schulen in Hattingen stellte das „Fahrradwege-Check“-Team außerdem fest, dass deutlich zu wenige Abstellmöglichkeiten für Fahrräder angelegt waren und der Standort in einem Fall auch an ungeschützter Stelle war.

Präsentation der Ergebnisse

Am 2. September 2020 stellten die Vorsitzenden des Jugendparlamentes dem Jugendhilfeausschuss den „Fahrradwege-Check“ vor, zeigten die Fotos und regten an, genügend Fahrradstellplätze an den Schulen bereitzustellen und sichere Radwege zu allen Schulen zu ermöglichen, evtl. mit zusätzlichen Pop-Up-Radwegen zur Entlastung der Busse in Corona-Zeiten. Nun warten sie gespannt darauf, wie die Stadt Hattingen weiter vorgeht.

Text: Jugendrat Hattingen

Die jährliche Hattinger Jugendkonferenz wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie *leben!*